

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Ute Schulze-Harzer (GRÜNE) Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 9. Dezember 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	58. Plenarsitzung Gemeinderat 27.01.2009 1649 15 öffentlich
Ausbildungsplätze bei der Stadt Karlsruhe		

In Anbetracht der in den nächsten Jahren noch steigenden Schulabgängerzahlen und der zu erwartenden Konjunkturabschwächung ist es notwendig, dass alle Bereiche der Wirtschaft ihre Ausbildungsbereitschaft weiter erhöhen.

Die Stadt Karlsruhe verstärkt ihre Ausbildungsaktivitäten im Bereich Vollausbildung, in dem sie

1. ab 2009 die Anzahl der Plätze im Kammereibereich auf den in Baden-Württemberg durchschnittlich Prozentsatz von 3,9 erhöht,
2. prüft, ob sie Ausbildungen in neuen Ausbildungsberufen anbieten kann, die auch eine Beschäftigung außerhalb der Verwaltung ermöglichen und
3. wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass zusätzliche Ausbildungsaktivitäten auch in den städtischen Gesellschaften umgesetzt werden.

Sachverhalt/Begründung:

Die Stadt Karlsruhe engagiert sich in vielfältiger Weise im Bereich Berufsvorbereitung und Ausbildung. Allerdings liegt die Ausbildungsquote im Kammereibereich unter dem baden-württembergischen Durchschnittswert. In Anbetracht der großen Anzahl von Schulabgängern, die in den nächsten Jahren weiterhin auf den Ausbildungsmarkt drängen, ist es notwendig, die Ausbildungsbereitschaft in allen Zweigen der Wirtschaft weiter auszubauen und Vollausbildungsplätze anzubieten. Eine abgeschlossene Ausbildung ist in Deutschland mindestens so wichtig wie eine abgeschlossene Schulausbildung.

Wie prekär die Lage ist, zeigt die Bewerberzahl von 2 491 Personen auf 47 neue Ausbildungsstellen im Jahr 2005. Für Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zu den „Spitzenkandidat(inn)en“ gehören, ist die Suche nach einer Ausbildungsstelle in der Regel sehr schwierig und frustrierend.

Wir fordern die Stadtverwaltung daher auf, bei der Ausweitung der Ausbildungskapazität auch diesen jungen Menschen eine Chance zu geben.

Die Steigerung der Vollausbildungsplätze kommt nicht nur den Jugendlichen zugute, sondern auch der Verwaltung selbst, weil der öffentliche Dienst - wie die gesamte Wirtschaft - in den kommenden Jahren von einer Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge nach dem Krieg erfasst wird, die ab 2015 nicht mehr von den dann geburtenschwachen Jahrgängen ausgeglichen werden kann. Um den eigenen Nachwuchskräftebedarf zu sichern, muss in den nächsten Jahren über Bedarf ausgebildet werden.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Ute Schulze-Harzer

Michael Borner

Hauptamt - Sitzungsdienste -

16. Januar 2009